



Die freitäglichen ‚Klimastreiks‘ und was dazu nicht im Schulbuch steht

Von Georg Schuster

“Sorry I can’t clean my room; I have to save the Planet.”
(Schülerdemo-Parole)

*„Klimapolitik ist auch Wirtschafts-, Sicherheits-
und Außenpolitik. Die Energiewende entscheidet
über Deutschlands Rolle in einer post-fossilen Welt.“*
(Außenminister Maas)

Vorbemerkung:

Der Aufsatz gliedert sich in vier Kapitel, von denen jedes auch für sich zu lesen ist:

1. Vom fraglichen Wert des ‚Menschheitswerts Klima‘
2. Vom Zwiespalt im klimarettenden Aufbegehren einer idealistischen Jugend
3. Von den wirklichen Gründen der ‚German Energiewende‘ und der Klima-Diplomatie
4. Von den Paradoxien bei einer *marktwirtschaftlich geplanten* Energie-Umwälzung

P.S. zu zwei Blüten der ‚grünen Wende‘ am weltwirtschaftlichen Rand

Zugunsten einer kompakteren Argumentation wurden viele Belege und Verdeutlichungen in die Fußnoten aufgenommen.

Auch wenn es kokett dahergeredet ist – gesagt ist mit der zitierten Parole schon, dass die Jugend im ‚Klimastreik‘ nichts Geringeres als den Planeten retten will, von dem sie ‚keine Version B‘ kennt – also ein *Menschheitsanliegen* zu verfolgen meint. Und es ist ja zunächst richtig, dass die immensen Schäden des Klimas und anderer Lebensgrundlagen, welche die einzelnen gewinnorientierten Volkswirtschaften kollektiv verursachen, weder an ihren Staatsgrenzen aufhören noch innerhalb der Gattung Mensch physiologische Unterschiede machen. Auch lassen sich bei der wissenschaftlichen Analyse z.B. des Treibhauseffekts dessen *anthropogene*¹ Ursachen von den *natürlichen* begrifflich durchaus trennen.

1. Vom fraglichen Wert des ‚Menschheitswerts Klima‘

a) Aber damit ist Betrachtung des Klimas als Menschheitsfrage sachlich schon zu Ende, weil ab hier alles darauf ankommt, um *welche* ‚Menschen‘ es sich ökonomisch, politisch und sozial bzw. auf Seiten der Verursacher oder Betroffenen der Schäden jeweils handelt. Schon bei einem Wirbelsturm in der Karibik, mit und ohne erderwärmten Anteil, hängt für die Leute sehr viel davon ab, ob sie auf Kuba oder auf Haiti wohnen² oder welche Art von Behausung sie sich leisten können. Was eine Dürre anrichtet, entscheidet sich daran, ob sie mittellose Subsistenzbauern in Afrika oder die kapitalisierte Landwirtschaft Australiens betrifft. Wann der auftauende Permafrostboden in der arktischen Region ein ‚Fluch oder Segen‘ ist, differenziert sich u.a. danach, ob der ‚Anthropos‘ einer Inuit-Siedlung oder einem der Konzerne und Ministerien angehört, die schon seit zehn Jahren die tauende Landschaft auf den Abbau von fossilen und mineralischen Rohstoffen oder auf eine Agrarproduktion hin prospektieren³. Ähnliches gilt für die eisfreien Nordpassagen, die als mögliche Alternativen zum Suez- bzw. Panamakanal ganz neue Geschäftssphären erschließen und neben globalen Handelsrouten auch geopolitische Verhältnisse neu aufmischen⁴ und Reichtum bzw. Armut umsortieren. So gesehen enthalten die unterschiedlichen und gegensätzlichen Lebensverhältnisse auf dem ‚einen Planeten‘ durchaus ein paar ‚Versionen B‘ und darunter.

1 menschengemachten

2 „Hurrikan Matthew zog mit Geschwindigkeiten bis zu 300 Stundenkilometern durch den Osten Kubas. Zwar gab es [auch wegen der 1,3 Millionen, die im Vorfeld evakuiert wurden] keine menschlichen Verluste, jedoch hinterließ der Sturm eine Schneise der Verwüstung. [...] In Haiti kamen laut einer Regierungsquelle mindestens 800 Menschen ums Leben, an der Küste wurden bis zu 80 Prozent aller Behausungen und Anbauflächen zerstört.“ (amerika 21, 9.10.16) Zur Überschwemmungskatastrophe in Mosambik, die sich – nicht wegen ‚Natur oder Mensch‘, sondern – aufgrund der ruinösen Zurichtung des Landes für den Weltmarkt nach 20 Jahren gerade wiederholt hat, siehe einen Rückblick unter <https://de.gegenstandspunkt.com/artikel/hochwasserkatastrophe-mosambik>.

3 Vgl. <https://www.heise.de/tp/features/Im-Rausch-der-Rohstoffe-3409427.html>

4 „Die wachsende Bedeutung der Nordostpassage zwischen Russland und der USA wird durch die Erschließung eines Erdgasvorkommens auf der russischen Jamal-Halbinsel deutlich, ein 27-Milliarden-US-Dollar-Projekt, das Putin vor wenigen Wochen eröffnete. Riesige Tanker werden zukünftig das Flüssiggas zu den Märkten in Europa und Asien transportieren.“ (ntv 28.1.18) Siehe auch:

<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/dank-klimawandel-die-arktis-wird-zum-geopolitischen-hotspot>

b) Trotzdem oder gerade deshalb berufen sich die protestierenden Schüler auf die großen Worte, die politisch Verantwortliche weltweit bemühen, denen zufolge die Klimarettung die Menschheitsfrage unserer Epoche sei⁵. Bezeichnend an dieser vermeintlich überstaatlichen Einigkeit ist die Tatsache, dass sie von ganz unterschiedlichen, interessensgegensätzlichen oder feindlichen Nationen beschworen wird. Um *Klimarettung* schlechthin kann es also gar nicht gehen. Der Fidschi-Archipel fürchtet einen Anstieg des Meeresspiegels, was solche Inseln als Problemlage – aber schon nicht mehr bei den Mitteln der Vorkehrung – mit Holland teilen, mit landumschlossenen Staaten aber nicht. China will seinen Ballungszentren die nötige Atemluft zur weiteren Durchsetzung auf dem Weltmarkt verschaffen und sich damit zugleich in Sachen Elektro-Mobilität in eine Spitzenposition bringen – möglicherweise zum Leidwesen ähnlicher Pläne in Deutschland. Dessen „Klimakanzlerin“ bündelt ‚wegen der Arbeitsplätze in der Auto- und Kohleindustrie‘ zeitweise mit Polen gegen ein eventuelles 1,5-Grad-Erwärmungslimit der EU⁶, das von Frankreich und anderen Europäern verfochten wird, die nicht so viele Autos verkaufen und ihre Energie weniger kohlebasiert gewinnen. Überdies ist in den USA inzwischen ein Präsident am Ruder, der den Klimawandel für eine berechnende Übertreibung seiner erfolgreichen Konkurrenten hält und sich vom Pariser Abkommen verabschiedet hat, um gegen sie ökonomisch wieder Boden gut zu machen. (Brasilien folgt in dieser Richtung.) Zugleich brüstet sich Trump mit einem aktuellen CO₂-Rückgang in den USA und will die Mauer zu Mexiko mit Solar-Paneelen ausstaffieren⁷. In dieses Durch- und Gegeneinander nationaler Interessen löst sich die ‚Menschheitsfrage Klimarettung‘ also sachlich auf. Auch der deutsche Außenminister stellt das auf seine Weise klar, wenn er betont, dass „*Klimapolitik immer auch Wirtschafts-, Sicherheits- und Außenpolitik*“ ist⁸ und „*Klimaschutz zum neuen Imperativ der Außenpolitik werden*“ muss⁹. Dazu später mehr.

Dennoch beginnt er seine Rede zu diesem Thema mit dem Zitat einer klimastreikenden Schülerin über ihre Hoffnung auf Wandel¹⁰. Denn die Staaten weltweit – mit der erwähnten Besonderheit bei Trump – wollen es nicht lassen, ihre jeweilige nationale Energiepolitik un-

5 Stellvertretend die Kultusministerin aus Baden-Württemberg: „*Der Klimawandel ist die Menschheitsfrage des 21. Jahrhunderts. Wenn es nicht gelingt, die globale Erwärmung aufzuhalten, wird unser Planet nicht mehr der sein, den wir kennen.*“ (Antwort auf die FDP-Anfrage zu den „Klimastreiks“ während der Unterrichtszeit, 1.4.19)

6 <https://www.tagesspiegel.de/politik/vertrauliche-dokumente-deutschland-wird-zum-klima-bremser/24134082.html>

7 <https://www.welt.de/wirtschaft/article174814149/CO2-Werte-Ausgerechnet-Trumps-Amerika-hat-die-weltweit-beste-Klimabilanz.html>

8 Beitrag von Heiko Maas anlässlich des am 9. und 10. April 2019 vom Auswärtigen Amt veranstalteten *Berlin Energy Transition Dialogue* (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-energiewende/2207680>).

9 Ders. zur *Climate and Security Conference* im Auswärtigen Amt vom 4.6.19 (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-klimaschutz/2223030>)

10 „*Meine sehr verehrten Damen und Herren, ‚Change is on the horizon, but to see that change we also have to change ourselves.‘ Ich glaube, es ist das erste Mal, dass ich eine Rede mit einem Zitat beginne – aber nicht von einem [Philosophen, Wissenschaftler oder Politiker], sondern von einer 16-jährigen Schülerin, Greta Thunberg.*“ (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-betd/2208692>)

ter den hohen Werten der Klimarettung und Zukunftssicherung abzuwickeln. Wenn die protestierenden Schüler hier eine Diskrepanz von Wort und Tat und in den Reihen der regierenden Politprofis Heuchler und Schwindler mutmaßen¹¹, treffen sie nicht den Punkt. Denn die Klima-Heuchelei in den internationalen Beziehungen folgt dem Bemühen, den eigenen politökonomischen Interessen unter Berufung auf höhere, allgemein geteilte Gesichtspunkte, wie die des gemeinsam bewohnten Planeten, Anerkennung zu verschaffen und die notwendigen Gegensätze dabei mit den Worthülsen für hehre Ziele schönzureden. Auch dazu später noch etwas mehr.

c) Dies ist jedenfalls die praktisch gültige Verwendung der Menschheits- und Zukunfts-Ideale, die auch die Freitags-Demonstranten auf Plakaten vor sich hertragen. Da sie dies aber im *Protest* gegen ihre Regierenden tun, ist unterstellt, dass sie damit nicht dasselbe meinen wie jene. Offenbar machen sie die Verwechslung, das, was die Obrigkeit sagt, sei noch gar nicht recht am Werk, sondern müsse erst verwirklicht werden – auf ihren und anderen politischen Druck hin, dem sie gleichwohl große Chancen zurechnen. Weil nämlich die Klimakrise in ihren Augen den *einen* Globus und die *ganze* Menschheit betrifft, erscheint ihnen ihr Anliegen derart unwidersprechlich¹², dass sie sich betont überparteilich und im wohlverstandenen Interesse aller gesellschaftlichen Gruppen aufstellen. Überdies spüren sie den Wind der einschlägigen Wissenschaften im Rücken¹³ – und wollen einen Gegensatz zur Politik nur insoweit eröffnen, als sie deren Repräsentanten dazu zwingen möchten, endlich ihre ökologischen Hausaufgaben zu machen¹⁴. Dazu allerdings halten sie den wiederholten Regelbruch durch ihre Schulstreiks für geboten¹⁵ samt der Bereitschaft, hierfür Nachteile und Strafen zu kassieren.

Bei der Ernsthaftigkeit im Anliegen, das für die jungen Protestierer deutlich über die handgestützte Verabredung von ‚Events‘ hinausgeht, ist es umso ärgerlicher, dass sein überwiegender Ansatz¹⁶ es von vornherein *schwach* macht – eine Schwäche übrigens, die von einigen Aktivisten, bei allem Aufschwung der Bewegung, durchaus bemerkt wird¹⁷, ohne dass

11 „*The political system is all about competition. You cheat when you can because all that matters is to win.*“ (Greta Thunberg auf Facebook)

12 „*Diese Bewegung musste entstehen, wir hatten keine Wahl*“, so Greta Thunberg fast geschichtsphilosophisch in der FAZ vom 16.3.19.

13 Vgl. <https://www.heise.de/tp/features/Retten-uns-die-Kinder-4398187.html>

14 „*Diese Streiks finden statt, weil uns Politiker im Stich gelassen haben.*“ (Greta Thunberg, FAZ 16.3.19) „*Wir sehen, dass sehr viele fähige Menschen im Parlament sitzen, die aber ihren Aufgaben nicht nachkommen.*“ (Luisa Neubauer, ntv 15.3.19) [*Um den Klimawandel zu stoppen*] „*gibt’s Menschen, das ist deren Job, das rauszufinden. Die wurden dafür gewählt. Und was wir am Ende des Tages einfach fordern, ist, dass Menschen ihren Job machen.*“ (Dies., Dlf 2.3.19) „*Ich werde nicht lockerlassen, bis Politikerinnen und Politiker endlich ihren Job machen und die Klimakrise aufhalten!*“ (Jakob Blasel, tagesschau.de 14.3.19) „*We are just passing on the words of the science. Our only demand is that you start listening to it. And then start acting.*“ (Greta Thunberg auf Facebook)

15 „*Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern, alles muss sich ändern, und zwar heute.*“ (Greta Thunberg, Rede im Okt. 18)

16 Eine Ausnahme hiervon bildet z.B. die *Antikapitalistische Plattform in FFF*, vgl. <http://changeformfuture.cf/>

17 „*Wir politisieren gerade eine ganze Generation. [...] Das bringt aber natürlich fürs Klima überhaupt nichts. Was gerade in der Atmosphäre los ist, was in unseren Ökosystemen passiert, ist praktisch nicht betroffen von*

sie deren *Gründe* kennen würden. Der Hauptgrund dafür liegt – zusammengefasst – darin, dass man mit dem idealistischen und nirgends bestrittenen Gemeinplatz, ein „Planet B“ sei nicht vorhanden, weder die Ursachen der Umweltschäden noch die Gegner beim Kampf dagegen richtig bestimmt. Stattdessen leistet man sich den Widerspruch, diejenigen, die man als Schadensverursacher beschuldigt, zugleich für die Abhilfe zuständig zu erklären, also den Bock zum Gärtner zu machen.

d) Eine Erweiterung dieser *moralischen* Bestimmung der Sache besteht darin, die umweltgeschädigte Menschheit nicht nur zum undifferenzierten *Objekt*, sondern zugleich zum mit-schuldigen *Subjekt* der Klimakrise zu erklären¹⁸. Noch ein Widerspruch, der bemerkt werden könnte, weil es logisch nicht angeht, dass ein und dasselbe Kollektiv sich zerstört *und* retten will. Diese Art der Schuldzuweisung setzt die Normalverbraucher mit ins Klima-Boot, zu dessen Kentern sie vor allem durch den CO₂-Fußabdruck ihrer Mobilität und ihres Konsums einen Beitrag leisten würden. So wird jeder Flugreisende für den Treibhauseffekt und der Nachfrager nach bezahlbarem Fleisch für die Zustände in der Massentierhaltung mindestens *mitverantwortlich* gemacht: Als ob das – bei der Mehrheit zudem zahlungsschwache – Bedürfnis die Umweltschäden gleich mitbestellt hätte. Als ob in einer Marktwirtschaft der Konsum nicht das bloße Mittel der Umsatzsteigerung wäre, die abhängige Größe einer Produktionsweise, die das Recht und die Finanzmacht hat, der Nachfrage die Vorgaben zu machen. Dies merkt man übrigens noch daran, dass selbst Leute, die ihren *carbon footprint* deutlich verkleinern wollen¹⁹, auf dafür geeignete Waren angewiesen sind, z.B. auf Solarzellen, die nur entstehen, wenn sie einem *Geschäft* dienen. Und im Grunde wissen die Bahnfahrer aus „Flugscham“²⁰, die Secondhand tragen und vegan essen, selber, dass ihre berühmten ‚kleinen Schritte‘ auch ein Dokument ihrer *Ohnmacht* gegenüber den kritisierten Verhältnissen sind. Der Gewinn daraus ist daher eher ideeller Art, nämlich ein gutes Gewissen gegenüber sich selbst und anderen²¹. Auch darauf legen viele ‚Klimastreiker‘ Wert (was noch etwas anderes ist, als z.B. der Versuch, den marktwirtschaftlichen Müll im privaten Konsum zu mindern) – und eine beckmesserische Öffentlichkeit misst sie daran²².

diesen lebhaften Debatten, die wir hier so gerne führen. Gesellschaftlich [ist] viel erreicht bisher, medial auch, [aber] physikalisch praktisch nichts.“ (Luisa Neubauer, Dlf 2.3.19) Dieselbe bemerkte auch: „*Als ich im Dezember bei der Weltklimakonferenz in Katowice war, ist mir klargeworden, dass dort nichts gegen den Klimawandel getan wird.*“ (Tagesspiegel 24.1.19) Das war immerhin die UN-Klimakonferenz Nummer 24.

18 Die einschlägigen Parolen hierzu lauten: „*People change, not climate change*“, „*Die Menschheit muss ich ändern, nicht das Klima*“, „*Choose Eco not Ego*“.

19 Vgl. <https://www.wwf-jugend.de/blogs/5532/6544/unser-co2-fusabdruck-im-weltweiten-vergleich>

20 „*Zurzeit scheint das Bewusstsein, dass Flugreisen extrem klimaschädlich sind, zu steigen. Ein Begriff dafür kursiert in der Tourismusbranche: Greta-Effekt. [...] Die Schwedin ist nicht die einzige Prominente ihres Landes, die der Umwelt zuliebe aufs Fliegen verzichtet. Dort gibt es sogar ein eigenes Wort: ‚Flygskam‘ – ‚Flugscham‘.*“ (Spiegel 12.4.19)

21 Lisa Neubauer kritisiert das immerhin als „*Individualisierung des Klimaschutzes*“ mit „*Wohlfühlmoment*“. „*So funktioniert die Klimakrise nicht.*“ (Dlf 3.2.19)

22 „*Verehrt und gehasst: Plastik-Greta und Langstrecken-Luisa: Dass sich junge Leute lautstark für den Klimaschutz engagieren, passt nicht allen. [...] Ein Bild von der Aktivistin mit Plastikverpackungen für Toastbrot und einen Salat sorgte für hämische Kommentare. [...] [Der] Titel ‚Grüne, Klimaschützer und Vielflieger‘ nahm*

In der Schüler-Parole „*System change, not climate change*“ mag eine Ahnung vom kapitalistischen Zusammenhang aufscheinen²³. Ihre moralische Seite zeigt sich aber leider darin, dass die Anklage des „Systems“ meist – und unbeeindruckt von Widersprüchen – ausgetauscht und ersetzt werden kann²⁴ durch eine des „Profitstrebens“, des „Egoismus“, der „Konsumenten“, neulich auch des „Patriarchats“²⁵ – oder eben schlicht der „Erwachsenen“ und „Alten“²⁶, als ob sich aus den Lebensjahren herrschende Zwecke ergäben. Aber solcherart Protestierende brauchen ihre Theoriebildung offenbar nicht zu eng sehen. Sie muss ja nur das selbstgestrickte Paradox ‚erklären‘, dass die Politik nicht das tut, wofür sie da ist.

2. Vom Zwiespalt im klimarettenden Aufbegehren einer idealistischen Jugend

a) In Unterscheidung von den festgefahrenen ‚Alten‘ scheinen große Teile der „Fridays for Future“-Bewegten ihre *Jugend*, der eine Zukunft bevorsteht, für ein Argument zu halten²⁷ – auch wenn ihnen seine berechnende Bestätigung durch die Kanzlerin oder ihren Wirtschaftsminister²⁸ nicht verborgen bleibt²⁹. Was man der Jugend meist lobend nachsagt – sie sei nicht in den Erfordernissen und Interessen des Alltags- und Arbeitslebens befangen und daher noch zu echtem Idealismus fähig³⁰ – nehmen sie für sich in Anspruch³¹. Gemeinhin hat selbiges Lob aber die Fortsetzung, dass dieser Idealismus der Wegbereiter und nicht die Blockade einer Vernunft sein muss, die den Jugendlichen zum mündigen und nützlichen Mitglied der Gesellschaft werden lässt. Die Kanzlerin und ihr Wirtschaftsminister lassen wissen, dass sie für *mehr* verantwortlich und zuständig sind als für jugendliche Wünsche –

[sich] Luisa Neubauer vor.“ (FR 20.2.19)

23 „You must also realise that the changes required are beyond today's economical system. We need a whole new way of thinking.“ (Greta Thunberg, Straits Times 16.3.19)

24 Vgl. die Fußnoten 18 sowie 16

25 „Destroy Patriarchy, not the Planet“ (s. FR 12.4.19)

26 Parolen in dieser Richtung lauten „Dinosaurier dachten auch, sie hätten Zeit“ oder schlicht „Es ist unsere Zukunft, ihr Arschlöcher“. Greta Thunberg fasst das so: „Please stop asking your children for the answers to your own mess.“ (Facebook-Seite)

27 Parolen dazu: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“; „Ich brauch kein Abi, wenn ich keine Zukunft habe“.

28 Merkel „begrüß[t] ich es sehr, dass junge Menschen, Schülerinnen und Schüler demonstrieren und uns sozusagen mahnen, schnell etwas für den Klimaschutz zu tun“ (Videopodcast 2.3.19) und Altmaier würde, wäre er noch 16, sogar „mitdemonstrieren, aber lieber am Samstag“ (Spiegel 16.3.19).

29 Altmaier wurde zu seinem Ärger immerhin ausgepiffen, als er auf einer Berliner Freitagsdemo sprechen wollte (s. Spiegel 25.1.19).

30 „In der Jugend traut man sich zu, dass man den Menschen Paläste baut“, sagt Goethe, und Hegel ergänzt, als habe er den jugendlichen ‚Klimastreik‘ vor sich, sie „wähn[e] sich berufen und befähigt, die Welt umzugestalten oder wenigstens die aus den Fugen gekommen scheinende Welt wieder einzurichten“.

Vgl. dazu auch: www.magazin-auswege.de/data/2018/08/Schuster_Kind_und_Nationalismus_print.pdf

31 Parole: „Wir sind die Kids, über die ihr in den Schulbüchern lesen werdet.“

nämlich für Energie, Arbeitsplätze, Mobilität und Wachstum in einem globalen Wettbewerb³². Was sie dem Protest also ganz selbstverständlich entgegenhalten und zur Berücksichtigung auftragen, sind genau die kapitalistischen ‚Sachzwänge‘, die sie verwalten – und die ihn ins Leben gerufen haben. Auch bei der ständig betonten Sorge um das Arbeitsvolk ist eingepreist, dass dessen Einkommen nicht nur von seiner geschäftsdienlichen Benutzung, sondern auch von der Bereitschaft abhängt, sich den Lohn immer wieder durch umweltbedingte Gesundheitsschäden zu erkaufen. Ob die Bewegten es wissen oder nicht, womit sie es praktisch *zu tun haben*, sind die versammelten Zwecke einer Exportnation, der ihr Erfolg noch lange nicht genug ist. Dafür benötigt sie eine flächendeckende, verlässliche, preisgünstige und konkurrenzfähige Energieversorgung. Diesem vom ‚Gemeinwohl‘ geforderten Gesamtprogramm haben sich auch die jugendlichen ‚Partikularinteressen‘, die dazu im Gegensatz stehen, gefälligst unterzuordnen.

Die Klimabewegten gehen diese politische Herausforderung derzeit noch ambivalent an. Zum einen betonen sie, dass sie gar nichts ‚Partikulares‘ für sich, sondern nur das fordern, was die Bundesregierung in Paris unterschrieben hat. Auch nähmen sie keine Besserwisseri in Anspruch, sondern setzten beim Spagat aus Klimaschutz und Wachstum auf die Kompetenz der gewählten Politiker im Zusammenspiel mit den Experten³³. Insofern umschiffen sie noch die geforderte Relativierung ihres Anliegens. Die Prämisse dieser Ballrückgabe an den Gegner besteht aber darin, die aufgefahrenen ‚Sachzwänge‘ grundsätzlich als zu berücksichtigende zu akzeptieren.

Also setzen zum andern auch eigene, konstruktive Vermittlungsvorschläge ein, die zeigen sollen, dass die Klima-Forderungen den offiziellen Maßgaben durchaus genügen. Sie seien wirtschaftlich machbar und zugleich sozialverträglich und würden weder die Energiesicherheit der Nation noch den Bestand an Arbeitsplätzen gefährden.³⁴ Mittel der Wahl sei auch

32 Merkel „weiß, dass die Schülerinnen und Schüler sich manches schneller wünschen, zum Beispiel den Ausstieg aus der Kohle. Da muss [sie] allerdings als Regierungschefin auch darauf hinweisen, dass wir natürlich vieles bedenken müssen: Wir müssen Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft auf der einen Seite mit den Zielen des Klimaschutzes versöhnen“. (Podcast 2.3.19) Altmaier betont, „der Klimaschutz darf nicht auf Kosten von Wohlstand und Arbeitsplätzen gehen“, „Handwerker und Mittelständler [dürfen] im Vergleich zu Firmen in Frankreich oder den Niederlanden nicht benachteilig[t]“ werden, „Mobilität für normale Menschen [muss] auch in Zukunft möglich“ sein und „das Ende des Verbrennungsmotors [kann er] nicht ausrufen“. (Spiegel 16.3.19) Es sei „schwierig, Klimaschutz und bezahlbare Stromversorgung unter einen Hut zu bringen“. (rbb 25.1.19)

33 Lisa Neubauer im Interview: „Wir gehen auf die Straße, um durchzusetzen, was die Regierung selbst unterschrieben hat, nämlich die Umsetzung des Weltklimavertrags von Paris. [...] Wir haben kein politisches Programm geschrieben, sondern die Mindestanforderungen benannt, die sich nach Berechnung von Klimaforschern aus den Paris-Zielen ergeben. Da müssten eigentlich alle Parteien zustimmen. [...] Es ist generell eine Herausforderung, einen sozial gerechten Klimaschutz zu machen. Aber dafür sind die Politiker ja gewählt worden. Das ist ihr Job.“ (FR 11.4.19)

34 Vgl. die Forderungen unter <https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2019/04/Forderungen-min.pdf>. Des Weiteren Luisa Neubauer: „Zuerst die Experten zusammenholen, die längst Lösungen entwickelt haben, wie die Wirtschaft umzubauen ist.“ (FR 11.4.19) „Wir müssen schnell die niedrig hängenden Früchte im Klimaschutz ernten, und das sind die 14 Kraftwerksblöcke. Wenn wir die jetzt abschalten, könnten wir die Klimaziele bis 2020

eine CO₂-Steuer, zu der die Fordernden gleich einen stattlichen Betrag in die begonnene nationale Debatte³⁵ werfen. Womöglich würden manche Klima-Aktivisten den einfachen Bürgern einen Verzicht zumuten, den sie der werten Geschäftswelt so nicht zudächten³⁶. Auf diesem Weg können sich *ideelle Mitregierer* jedenfalls schon einmal warmlaufen und das Für und Wider ihrer betont ‚systemkonformen‘ Vorschläge abwägen, was die realen Regenten im Prinzip nicht ungerne sehen.

b) Denn solche Vorschläge seitens der Protestbewegung deuten – noch getrennt von ihrer sog. ‚Mach- und Durchsetzbarkeit‘ – den Einstieg in eine ‚Politikfähigkeit‘ an, dem ein Ausstieg aus dem festgehaltenen Interesse folgen kann. Dasselbe wird der Bewegung ohnehin von verschiedener Seite bereits als jugendliches ‚Schwarz-Weiß-Denken‘ und unreifer Rigorismus zum Vorwurf gemacht³⁷. Ein oppositionelles Anliegen, welches sich auf einen Wettbewerb mit den Regierenden um die Verwirklichung vermeintlich gemeinsamer Werte einlässt, kann darüber entsprechend in Zugzwang gebracht werden. Bei gegebener Überlegenheit in dieser Frage müssen die, die das *Sagen* haben, die Ebene der beanspruchten Werte möglicherweise gar nicht verlassen – und können z.B. die geforderte Rückkehr der Streikenden in den Unterricht unter dem Titel durchsetzen, dass sie damit der Jugend nur die Zukunft sichern³⁸. Für den Fall jugendlicher Renitenz stehen ihnen aber noch andere Mittel zur

einhalten. Das wäre wirtschaftlich machbar, würde die Energiesicherheit nicht gefährden.“ (Spiegel 16.3.19)
„Natürlich sind mir die 20.000 Kumpel in der Braunkohle nicht egal. Genauso, wie mir die 80 000 Ex-Mitarbeiter der Solarbranche nicht egal sind, die in Deutschland durch eine unzureichende Klimapolitik ihren Job verloren haben [...]. Das Jobproblem in den Kohleregionen ist eine Aufgabe, die gelöst werden muss [...] – etwa durch erneuerbare Energien.“ (FR ebd.) Oder Jakob Blasel: *„Dass Arbeitsplätze beziehungsweise Wirtschaft und Klimaschutz miteinander versöhnt werden müssen, denke ich auch. Aber die Klimakrise sollte dabei oberste Priorität haben.“* (ntv 15.3.19)

35 <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimaschutz-co-preis-steuer-kosten-1.4427968>
<https://www.heise.de/tp/news/CO2-Steuer-Kostenlose-Regionalbahn-4424180.html>

36 Vgl. etwa Punkt 1. d). Dazu gehört auch die Missinterpretation, Politikern sei die *„kurzfristige Zufriedenheit“* des Wahlvolks aus Berechnung *„wichtiger als eine lebenswerte Zukunft“* (so ungefähr Jakob Blasel über Altmaier, tagesschau.de 14.3.19).

37 Zu denken wäre neben Ch. Lindner (40), auch an Leute wie P. Ziemiak (33) oder Ph. Amthor (26), die ihre Pubertät bereits in der Jungen Union zubrachten.

38 *„Die Klimaschutzproteste müssen nach Worten von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) früher oder später ein Ende finden. [...] Irgendwann werde es zu Sanktionen kommen. ‚Sonst sucht sich zum Schluss jeder sein Thema aus, das er dann irgendwie moralisch auflädt – und das geht nicht.“* (Welt 2.4.19)

„Eine Schülerin berichtet, ihr ‚und zwölf anderen‘ Schülern [eines Gymnasiums in Berlin] sei mit Nicht-Versetzung gedroht worden, ‚wenn wir nicht jeden Freitag bis zu den Sommerferien zur Schule gehen‘. Das Streiken [werde] als Schwänzen angesehen.“ „Der Schulleiter [sei den] Zielen der Demonstrationen zugeneigt [habe aber ...] über die gesetzlichen Regelungen informiert.“ (Welt 29.5.19)

Anlässlich der FFF-Schülerdemos am 21./22.6.10 *„hat der Chef der Abteilung ‚Gefahrenabwehr‘ bei der Polizei Aachen eine Art Warn-Brief unter anderem an Schulministerium, Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf, Landeselternschaft und Landesschülervertretung geschickt. Darin warnt er Eltern, Schüler und Studierende davor, sich von ‚gewaltbereiten Gruppierungen instrumentalisieren‘ zu lassen. ‚Tappen Sie nicht in die Strafbarkeitsfalle, weil Sie glauben, sich mit zivilem Ungehorsam für die gute Sache einzusetzen‘, heißt es wörtlich in dem Brief.“* (WDR 5.6.19)

Verfügung. Auch das steckt im berechnenden Lob der staatsbürgerlichen Reife des Schülerprotests³⁹.

Falls die Regierungslinie ohne größere Friktionen aufgeht, kann auf jeden Fall die Demokratie, wenn auch nicht unbedingt das Klima, einen Erfolg verzeichnen. *„Wir mobilisieren gerade so viele junge Menschen, wie das praktisch niemand vor uns gemacht hat. Das sind auch alles irgendwann mal zukünftige Wählerinnen und Wähler.“*⁴⁰ Und die müssen auf diese Verantwortung hin erzogen werden, hätten also Gründe, sich vor dem folgenden Lob in Acht zu nehmen. *„Man sehe das Engagement der Schüler mit Freude, denn es zeigt, dass die heutige Generation alles andere als politikverdrossen oder bequem ist“, sagte die hessische GEW-Vorsitzende. Schüler zu mündigen Bürgern zu erziehen, sei ein zentraler Bildungsauftrag der Schule.“*⁴¹ Vorangegangene Protest-Generationen hat das auch schon dazu befähigt, ihren demokratisch versandeten Kampf an den Wahlurnen wiederaufzunehmen.

Anlässlich der Europawahlen ging zumindest der Teil der Bewegung einen Schritt in diese Richtung, der die Wahlberechtigten zu zahlreicher Teilnahme aufrief.⁴² Auch wenn einem eigene Erfahrungen mit dem Wählen noch abgehen, könnte man sich dennoch fragen, wie eine „Klimawahl“ aus dem Ankreuzen machtwilliger Personen hervorgehen soll, die ihrerseits eine „Schicksalswahl“ für das Projekt Europa ausgerufen und mehrheitlich genau die Energiepolitik zu verantworten haben, gegen die sich der wöchentliche Klimaprotest erhebt. Die „antikapitalistische Plattform in FFF“⁴³ stellt zu Recht fest und versucht am Beispiel der Grünen zu belegen, dass *„eine Wahl noch nie die ökonomische Basis des Systems angetastet“*⁴⁴ hat. Die Gewählten haben freilich nichts dagegen, sich mit dem jugendlichen Zutrauen zu schmücken, sie hätten einem Menschheitsanliegen gerecht zu werden. Was die Grünen betrifft, so ist der freitäglich beeinflusste Zeitgeist ihrem Wahlerfolg offenbar entgegengekommen. Das stiftet nun seinerseits neue Hoffnungen bei Jung und Alt – zumindest so lange, bis diese Partei (wieder) mitregierend in die politische Verantwortung für ‚das Klima‘ eintritt und den nationalen Nutzen aus der europäischen ‚Energiewende‘ entlang seiner ‚Sachzwänge‘ mitorganisiert. Die abgestraften ‚Altparteien‘ sehen sich zur Verbesserung ihrer Wählbarkeit einstweilen gehalten, möglichst viele der anstehenden Regierungsaufgaben mit dem Etikett ‚klimafreundlich‘ zu versehen.

39 Altmaier: *„Ohne Provokation ändert sich in der Gesellschaft wenig, und ich möchte den Schülern meine Anerkennung dafür aussprechen, dass ihre Provokation im demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmen bleibt.“* (Spiegel 16.3.19)

40 Luisa Neubauer, Dlf 2.3.19

41 FR 15.3.19

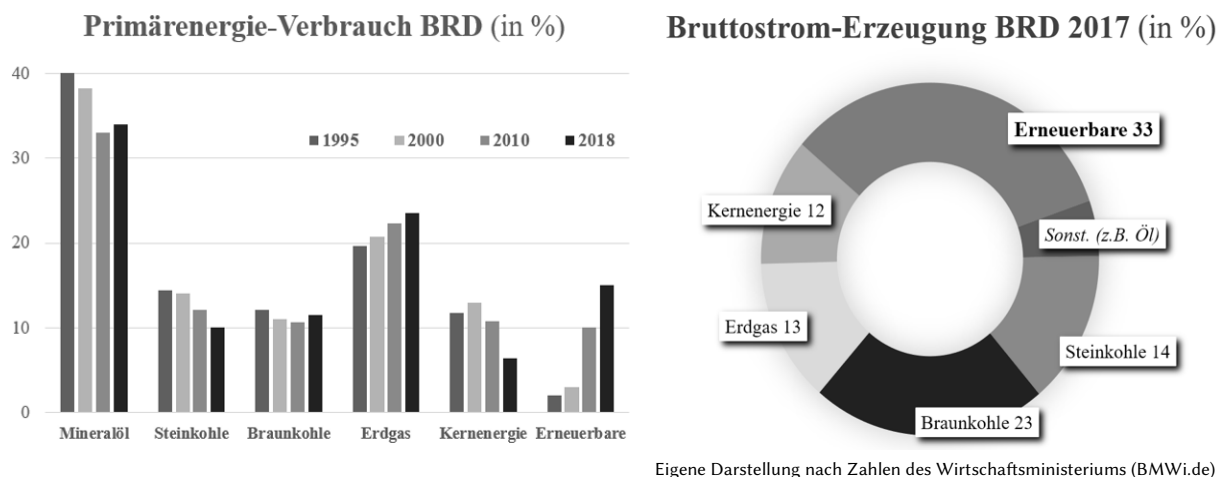
42 *„Greta Thunberg [...] rief junge Stimmberechtigte zum Urnengang auf. Wer auf die Klima- und Umweltkrise aufmerksam machen wolle und sich um die künftigen Lebensbedingungen Sorge, für den sei die Stimmabgabe eines der wirksamsten Mittel [...] Fridays for Future schrieb dazu: ‚Nutzt eure Stimme, wenn ihr eine habt, weil wir Millionen junge Leute sind, die keine haben.‘“* (dpa 24.5.19)

43 Siehe Fußnote 16

44 <https://change4future.cf/eu-wahl-eine-stimme-den-zerstoererinnen-unserer-umwelt/>

So viel zu den Fehleinschätzungen der „Fridays for Future“, die den politisch Verantwortlichen ein moralisches Versagen vor ihrer ‚eigentlichen‘ Aufgabe der ‚Klima-Rettung‘ vorwerfen und sie zur Umkehr auffordern. Darin begeben sich die rebellischen Schüler in den Widerspruch, als einerseits enttäuschte, andererseits aber noch hoffnungsvolle Anhänger der Theorien und Deutungen aufzutreten⁴⁵, wie sie im Schulunterricht⁴⁶ und in der Öffentlichkeit über die Pflichten demokratischen Regierens zirkulieren. Diese Kritik an der aktuellen Jugendbewegung schließt die Aufforderung ein, im Interesse des Protestanliegens anstelle der vermuteten *Untätigkeit* der deutschen und internationalen Energiepolitik, das zu betrachten, was sie tatsächlich *tut* und anrichtet. Das ist den öffentlichen Medien zwar durchaus zu entnehmen, unterliegt aber meist einer verfremdenden Interpretation. Zum richtigen Verständnis der Sache wollen die folgenden Überlegungen einen Beitrag leisten⁴⁷.

3. Von den wirklichen Gründen der „German Energiewende“ und der Klima-Diplomatie



Eigene Darstellung nach Zahlen des Wirtschaftsministeriums (BMWi.de)

45 Ein prominentes Beispiel hierzu liefert Lisa Neubauer im Gespräch mit der Saarbrücker Zeitung vom 13.5.19: „Derzeit [arbeite] keine Partei im Bundestag ambitioniert genug an der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Auch die Grünen nicht, zu deren Parteimitgliedern Neubauer zählt.“ Diese „sien zu einer *Mainstream-Partei* geworden [... und] verschließen die Augen vor der Realität“. So weit die Enttäuschung, der die Hoffnung folgt, „als Aktivistin bei Fridays for Future [...] ihrer Partei etwas in den Hintern zu treten“. Denn „wir [benötigen] in den kommenden fünf bis zehn Jahren so viele Veränderungen, so dass wir schlicht auf die etablierten Parteien setzen müssen.“ Wenn Neubauer schon merkt, dass es falsch ist, „den Klimaschutz in den privaten Bereich zu verschieben“, weil „wir in Strukturen [leben], in denen es unmöglich ist, alles richtig zu machen“, dann fragt es sich schon, ob nicht sie „die Augen vor der Realität verschließt“, während die „Mainstream-Parteien“ dieselbe samt der „Strukturen“ nach deutscher Staatsräson gestalten.

46 Clara Mayer von „Fridays for Future“ auf der Hauptversammlung von Volkswagen am 14.5.19 in Berlin: „Nur um das klarzustellen, wir streiken nicht jeden Freitag, weil wir schwänzen wollen, sondern gerade weil wir in der Schule besonders gut aufgepasst haben.“ (FAZ 15.5.19)

47 Wer neben dem Lesen auch einen Vortrag zum Thema heranziehen will, sei hierauf verwiesen: <https://de.gegenstandpunkt.com/tondokumente/kampf-klimawandel>

48 Eigene Darstellung nach Zahlen des Wirtschaftsministeriums (BMWi.de)

a) Der fesche Außenminister, der im April zusammen mit dem Chef des Wirtschaftsressorts eine Energie-Konferenz „mit mehr als 50 Ministern aus allen Erdteilen“⁴⁹ ausrichtete, ließ es sich, wie erwähnt, nicht nehmen, seiner Rede ein Zitat von Greta Thunberg voranzustellen⁵⁰ sowie eigens den „Kollegen Abdulla Shahid von den Malediven“ zu begrüßen, dessen „kleinem Inselstaat“ das Wasser absehbar am Hals steht. Auch wusste er von seinen Reisen zu berichten, dass „im Englischen [neben] ‚Reinheitsgebot‘ [oder] ‚Wirtschaftswunder‘ neuerdings von der ‚Energiewende‘“ gesprochen werde. Nach diesen Schmeicheleinheiten kam er aber durchaus zur Sache – auch wenn er „die German Energiewende“ gleich als „Global Energiewende“ verkaufen wollte, die „Umwelt“, „Gesundheit“, „Stabilität“ oder „Frieden“ fördern, für „Investitionen, Arbeitsplätze, wirtschaftliches Wachstum“ und neue „Geschäftsmodelle“ sorgen und außerdem dem „Kampf um Ressourcen“ sowie den „Fluchtursachen“ entgegenwirken soll. Immerhin gab der Außenminister mit dieser umfänglichen Liste, die er den internationalen Kollegen ein bisschen als Wunschkonzert für die Völkerfamilie präsentierte, bekannt, wofür er sich weltweit zuständig sieht.

Wo die Musik wirklich spielt, brachte er aber auch zum Ausdruck. In einem Wirtschaftsblatt titelte er: „So wird die Energiewende zum Exportschlager“⁵¹. Und zwar folgendermaßen: „Die Energiewende [...] verschiebt auch politische Grundkonstanten. Durch den Einsatz erneuerbarer Energien können sich Staaten in die Lage versetzen, ihre eigene Energiesicherheit zu erhöhen. Damit verliert das geopolitische Instrument Energie, wie wir es über Jahrzehnte kennengelernt haben, seine Macht. Energiewendeländer können ihre strategischen und außenpolitischen Interessen unabhängiger verfolgen.“ Anfang Juni startete das Auswärtige Amt im Rahmen der deutschen Präsenz im Weltsicherheitsrat dazu passend einen „Call for Action“: „Das Umsteuern ist keine Aufgabe einzelner politischer Parteien, einzelner Generationen oder einzelner Länder. Es ist eine globale Kraftanstrengung, bei der Deutschland führen muss“⁵² und dazu schon „eine Freundesgruppe aus rund 50 Staaten und allen Kontinenten“ versammelt hat. So ungefähr wird sie wohl gedacht gewesen sein, die „German Energiewende“.

Seit den 1990er Jahren verfolgt die deutsche Energiepolitik die strategische Linie, mithilfe serienreif gewordener Technologien und auf Basis der bekannten Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes den schrittweisen und anteiligen Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger anzupfeilen und mit der nötigen staatlichen Schubhilfe⁵³ zu realisieren. Die natürliche Begrenztheit der Vorkommen an Erdöl, Kohle und Gas mag ein Gesichtspunkt dafür gewesen sein. Die Konkurrenz um diese Ressourcen und ihre preistreibende Wirkung, die

49 Berlin Energy Transition Dialogue, 9./10.4.19; alle Zitate aus der Eröffnungsrede von Heiko Maas bzw. aus seinem Beitrag in der WirtschaftsWoche (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/energie/berlin-energy-transition-dialogue/2205056>)

50 Siehe Fußnote 10

51 WirtschaftsWoche 5.4.19

52 Namensbeitrag von Heiko Maas zur Climate and Security Conference im Auswärtigen Amt vom 4.6.19 (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-klimaschutz/2223030>)

53 Laut Bundesrechnungshof hat die Energiewende allein in den letzten fünf Jahren mindestens 160 Milliarden Euro gekostet (Spiegel 4.5.19).

sich dank der chinesischen oder indischen Teilhabe am Weltmarkt auf demselben eingestellt hatten, waren als Gründe deutlich handfester. Der *„entscheidende Schritt hin zu energiepolitischer Unabhängigkeit Deutschlands, zu größerer europäischer Souveränität“* (Maas) lag in der Aussicht, die geopolitischen und kostenträchtigen Rücksichten bzw. Unwägbarkeiten im Umgang mit sog. Öl-Staaten und vergleichbaren Lieferanten zurückzufahren und stattdessen einen Großteil des strategischen Guts Energie bzw. Elektrizität daheim, in eigener Regie und obendrein ‚erneuerbar‘ zu bewirtschaften. Dazu gehörte auch, neben Wind, Sonne oder Biomasse eine weitere ‚Kraftquelle‘ großtechnologisch anzuzapfen, die in der *Reduzierung* des Energieverbrauchs besteht. Und was in Sachen ‚Dekarbonisierung‘ für Deutschland gilt, trifft mehr oder weniger für jede kapitalistisch entwickelte Volkswirtschaft zu⁵⁴.

Der im internationalen Vergleich recht früh gefasste Plan und seine durch Investitions-, Subventions- und Ingenieurskunst hervorgebrachten bzw. absehbaren Ergebnisse eröffneten von Beginn an bis heute zugleich eine *weltwirtschaftliche* Perspektive: *„Schon heute wird weltweit mehr Geld in erneuerbare Energien als in fossile Energieträger investiert. Der Anfang vom Ende des Zeitalters fossiler Energieträger ist längst eingeleitet.“* *„Wir werden unsere Bemühungen um ein Fortschreiten der globalen Energiewende noch einmal intensivieren [...], beispielsweise, indem wir Partnerschaften zur Diversifizierung der jeweiligen Wirtschaftsmodelle anbieten. Die deutsche Wirtschaft ist dafür ein hervorragender Partner.“* *„Wir werden uns für globale Standards im Bereich der Erneuerbaren einsetzen. Unser Ziel ist, dass die Technologien breit verfügbar sind und wachsende Märkte offen bleiben für europäische Unternehmen.“* ‚Europa‘ war von seiner Führungsmacht und zu deren Nutzen ohnehin schon mit ins Boot geholt worden, und so setzte der ‚Exportweltmeister‘ auf weitere Siege auf dem Feld der verkäuflichen Gerätschaften zur globalen Abkehr vom Kohlenstoff. Dies betraf und betrifft Staaten, die ähnliche Vorhaben hegen, ohne gleich über die nötigen Mittel dafür zu verfügen, sowie solche, denen sich Maßnahmen in dieser Richtung aufdrängen lassen. Die so vergrößerten Stückzahlen bei der Herstellung versprachen außerdem eine relative Verbilligung der beträchtlichen Kosten für Entwicklung und Anschlag. Sogar eine *politische* Dividende erwarteten sich deutsche Regierungen aus den neuen ökonomischen Erfolgen: Im bevorzugten bzw. erschwerten Zugang zu den ‚post-fossilen‘ Patentlösungen made in Germany einschließlich der *„Partnerschaften“* und *„Wirtschaftsmodelle“* (s.o.) liegt allemal ein Hebel der Einflussnahme auf andere Staaten vor. Bezeichnend also, wenn der Außenminister all das konfliktbewusst im *„Ziel [vereint], dass die Technologien breit verfügbar sind und wachsende Märkte offen bleiben“*.

54 *„2018 wurde ein Drittel weniger Kohlekraftwerke als noch ein Jahr zuvor in Betrieb genommen. [...] Auch die Zahl der Planungsverfahren und Genehmigungsprozesse ist rückläufig. [...] 31 Länder, darunter Kanada, Großbritannien, Frankreich oder Italien, haben einen Kohleausstieg beschlossen. Viele Großbanken und Fonds haben erklärtermaßen ihre Investitionen in Kohleprojekte eingeschränkt. 31 Gigawatt, das ist etwas mehr als die deutschen Braunkohle-Kapazitäten, sind 2018 abgeschaltet worden. Davon wurden interessanterweise 18 GW in den USA stillgelegt [...]. In China und Indien sanken der Studie zufolge Neuzulassungen auf ein historisches Tief.“* (Greenpeace-Studie, Telepolis 3.4.19)

Neben der Abwehr von „nationalen Alleingängen“ und der Verteidigung der „Gaspipeline Nord Stream 2“ – zwischenstaatliche Vorgänge, die immerhin die USA zum Gegner haben – benennt er noch ein paar Aufgaben, die – wegen ‚Lösung der Klima-Krise‘, versteht sich – auf so etwas wie die ‚Militarisierung‘ dieses hohen Anliegens hinauslaufen können. Deutschland und andere müssten sich z.B. für Auseinandersetzungen rüsten, „wenn Geschäftsmodelle ganzer [Öl und Gas exportierender] Staaten in sich zusammenbrechen“. „Die Rolle maritimer Handelswege [werde] abnehmen, während jene von Netzen zum Transport erneuerbarer Energien zunimmt. Solche kritische Infrastruktur muss künftig besser geschützt werden.“ „Das gilt besonders für die Länder Nordafrikas“, falls sie damit betraut werden, einen Teil ‚unserer‘ Solarenergie zu liefern⁵⁵. Da müssten dann gegebenenfalls weitere Waffenexporte, wenn nicht ‚wir‘ selber hin.

Zu vermerken ist ebenfalls die deutsche Besonderheit des sog. „Atomausstiegs“, der 2011 nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima mit einer Laufzeit von elf Jahren beschlossen wurde. Länger wollte die Bundesregierung ein atomares Risiko nicht mehr hinnehmen, das sie und die Vorgänger lange Jahre und unbeeindruckt von der Kernschmelze in Tschernobyl 1986 durchaus für tragbar hielten – und das auch das Kabinett Merkel vermutlich weiter ausgesessen hätte, wären die genannten Vorzüge der erneuerbaren Energien nicht in greifbare Nähe gerückt. So aber ließ sich einer nationalen und vor allem globalen Öffentlichkeit die deutsche Entschlossenheit glaubhaft versichern, die ‚Energiewende‘ unumkehrbar zu machen und mit ‚grüner‘ Spitzentechnologie zugleich einen Beitrag zur Risikoabsenkung für ‚Mensch und Umwelt‘ verkäuflich anzubieten⁵⁶.

b) Um den Versuch, Unumkehrbarkeit zu erreichen, handelt es sich in gewisser Weise auch bei der deutschen Klimakonferenz-Diplomatie mit ihrem Einsatz für eine internationale CO₂- bzw. Temperatur-Begrenzung. Die seit über 20 Jahren umworbene bzw. umstrittene Limitierung der Erderwärmung auf 2°C über dem vorindustriellen Wert des 18. Jahrhunderts klingt im Kontext der bisherigen Ausführungen wie ein kleines Rätsel, ergibt aber durchaus energiepolitischen Sinn. Wenn sich möglichst viele Nationen in Selbstbeschränkung auf so eine Gradzahl verständigen und einlassen, wird diese zwar nicht zum bindenden Gesetz – wie auch, zwischen lauter hoheitlichen Gewalten –, erhält aber diplomatisches Gewicht. Für die staatlichen Vorreiter und Befürworter der ‚grünen Wende‘ wurde sie ein Mittel der

55 Vgl. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/desertec-was-wurde-aus-den-solarkraftwerken-in-nordafrika-a-1196664.html>

56 Der deutsche Atomausstieg könnte wieder kritisch ins Gerede kommen. „Der Verzicht auf die Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung gefährdet nach Ansicht der Internationalen Energieagentur IEA das Erreichen der internationalen Klimaschutzziele. [...] Auch Staaten, die in der Atomstromerzeugung eine Zukunft sähen, täten nicht genug, um die Anlagen zu erhalten. [...] „Die Marktbedingungen für Laufzeitverlängerungen der Kernkraftwerke [seien] weiterhin unvorteilhaft. Niedrige Strompreise auf den Großhandelsmärkten hätten dazu geführt, dass die Gewinnaussichten kleiner würden, was zu vorzeitigen Schließungen führe.“ Derzeit sind weltweit 450 AKWs in Betrieb und 55 weitere in Bau. Kein Wunder, dass „die Weltvereinigung der Atomwirtschaft die Studie [der IEA lobt]“. (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/internationale-energieagentur-macht-sich-fuer-atomenergie-stark-16211066.html) Es bleibt abzuwarten, ob daraus auch etwas für den deutschen ‚Energimix‘ folgen wird, von dem in Punkt 4 dieses Aufsatzes die Rede ist.

Wahl. Die Benennung *nationaler Interessen* – allgemein wie auch in Hinsicht auf den Klimawandel – eignet sich denkbar schlecht dazu, andere, z.B. in der UNO versammelte Souveräne zu einer freiwilligen und unvermittelten Anerkennung derselben zu veranlassen. Dafür braucht und gibt es *übergeordnete* Titel, die deshalb auch ‚Werte‘ heißen und von einer Allgemeinheit sind, unter der sich verschiedene Nationen in ihren Unterschieden und Gegensätzen wiederfinden können, ohne sich im Konkreten in die Pflicht nehmen zu lassen. ‚Frieden‘, ‚Zukunft‘, auch ‚Europa‘ oder hier eben ‚Klima-Rettung‘ sollen eine solche Leistung erbringen – und im letzteren Fall sind die aus der Meteorologie⁵⁷ übernommenen „2°C“ das in eine Zahl gefasste Ideal genannter Art sowie der Versuch, es operationalisierbar zu machen. Entsprechend energisch waren die Anläufe von Protagonisten der ‚Energiewende‘ – analog die entsprechenden Abwehrmanöver –, in dem quantifizierten Klimaziel ihre ‚post-fossilen‘ Interessen völkerrechtlich so festzuklopfen, wie das auf diesem Wege eben nur geht.

Darin eingeschlossen sind freilich die *reellen* Kräfteverhältnisse in der Staatenwelt, die von der Katastrophenhilfe bis zur Sanktion eine ganze Reihe von Möglichkeiten eröffnen, widerstrebende Kandidaten zu einer Unterschrift zu bewegen⁵⁸. Dabei erweisen sich die Souveräne als *Herren* und nicht als bedienstete Handlanger ihrer nationalen Geschäftswelt. Weil sie sich und ihre ganze Gesellschaft von deren dauerhaftem Wachstum abhängig gemacht haben, wollen und müssen sie dieses daheim und weltweit nach Kräften befördern. Selbst die staatlichen Underdogs dieser Deals wissen auf ihre unterlegene Weise von ihnen zu profitieren.

Dass auch noch eine Vielzahl von Wissenschaftlern in Sachen Klima und CO₂ Beschäftigung fand und findet – ohne dass von ihrer naturwissenschaftlichen Expertise politische Beschlüsse abhängig gemacht würden, zu deren opportuner Rechtfertigung sie also herangezogen wird oder auch nicht –, komplettiert das diplomatische Ringen.

c) In Hinsicht auf diese Art Einvernehmen galt der UN-Klimagipfel von 2009 in Kopenhagen als ‚*gescheitert*‘, vor allem weil die VR China dem Druck der EU und der Obama-Administration widerstand, sich als Klima-Sünder in die Pflicht nehmen zu lassen. Sechs Jahre später, beim berühmten *Accord de Paris*, unterschrieben alle 195 Teilnehmer das Zwei-Grad-Ziel. Die USA, vordem demonstrativ auf der fraglosen Unabhängigkeit ihrer Energiepolitik beharrend, hatten sich mittlerweile stärker in die Konkurrenz um ‚grüne‘ Spitzentechnik eingeschaltet, und auch in China lagen ausbaufähige Erfolge bei der Betreuung dieses ‚Zukunftsmarkts‘ vor. Dass nun Trump das Pariser Abkommen mit Frist bis 2020 aufgekündigt

57 Etwa *“The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), a United Nations body for assessing the science related to climate change”*; <https://www.ipcc.ch/about/>

58 *„Um die europäische Klimadiplomatie über die Grenzen der EU hinaus zu exportieren, sollte die Ratifizierung und Umsetzung des Klimaabkommens ab sofort auch eine Voraussetzung für zukünftige Handelsabkommen sein“*, fordert das Europaparlament. (*„Wer übernimmt die Klima-Führung?“*, euractiv.de 2.10.18)

hat, weil es den Chinesen nütze, dem rostigen Pittsburgh⁵⁹ und der ‚sauberen Kohle‘⁶⁰ in Montana aber nicht, und dass ihm US-Bundesstaaten und -Repräsentanten glatt widersprechen, unterstreicht nur den Zweck, um den es einer kapitalistischen Klima-Politik wirklich geht. In den mächtigen USA dreht er sich eben um nationale *Varianten* von „America first“. Deutsche Umweltschützer bemerken diesen Umstand in ausländischen Fällen übrigens viel eher als daheim, wo das nicht anders ist – auch wenn sie am hiesigen CO₂-Musterschüler bemängeln müssen, dass er die eigenen Klimaziele sehenden Auges relativiert⁶¹. Daraus ließen sich durchaus andere Schlüsse ziehen als solche auf ‚Versagen‘ vor der ‚Zukunft‘.

4. Von den Paradoxien bei einer *marktwirtschaftlich geplanten Energie-Umwälzung*

a) Im Vollzug der ‚Energiewende‘ sind zwischenstaatliche wie politökonomische Friktionen nicht zu übersehen. Sie liefern einer kritischen Öffentlichkeit⁶², vielen Umweltschützern und auch den „Fridays for Future“ immer wieder den Anlass dazu, beim Klimaschutz – den umwelt-, wirtschafts- und außenpolitischen Großreden zum Trotz – *„einen Vertrauensverlust in die Gestaltungsfähigkeit und vielleicht auch den Gestaltungswillen der handelnden Politik“*⁶³ zu beklagen. Wo etwa der Ausbau der Erneuerbaren gedrosselt, der Kohleausstieg hinausgeschoben oder ein CO₂-Ziel verfehlt wird, da sehen etliche Kritiker ein Bündnis der Politik mit den ‚Geld-Eliten‘ oder falsche Rücksichten auf ‚Lobby-Interessen‘ am Werk. Stellvertretend hierzu die Klimaschutzbewegung „Extinction Rebellion“: *„Die Politik hat versagt – und zwar auf ganzer Linie. Und genau da hinein ragen die ‚kapitalistischen Machtstrukturen‘“*⁶⁴. Bevor solche Befunde über ein ‚Politikversagen‘ etwas näher betrachtet werden, sei ein Resultat vorweggenommen, das die *„kapitalistischen Machtstrukturen“* theoretisch ernster

59 Tweet vom 1.6.17: *“I was elected by voters of Pittsburgh, not Paris.”*

60 Trump am 7.9.18: *“I just left Montana, and I looked at those trains and they’re loaded up with clean coal – beautiful clean coal.”*

61 *„Deutschland ist auf dem Weg, seine Klimaschutzziele noch deutlicher als bislang angenommen zu verfehlen. Insbesondere in den Bereichen, die nicht dem europäischen Emissionshandel unterliegen – speziell im Verkehrssektor – werden bei weitem nicht die [...] nationalen Ziele und europäischen Vorgaben erreicht. [...] Die Bundesregierung erwartet nur 33 Prozent Emissionsminus bis 2020 statt angepeilter 40 Prozent.“ [...] Damit drohen hohe Straf-Zahlungen.] Zuletzt waren Kosten von 30 Milliarden Euro bis 2030 für möglich gehalten worden, in einem besonders ungünstigen Fall sogar 60 Milliarden.“ (Tagesspiegel 16.5.19)*

62 *„Eine Energiewende aus einem Guss, durchdacht konzipiert und gemanagt, so etwas hat es in Deutschland nie gegeben.“ (Spiegel 4.5.19)*

63 Deutschlandfunk Kultur 4.5.19

64 Das Zitat fährt fort: *„Alle großen politischen CO₂-Reduktionsbeschlüsse der letzten Jahre [...] haben nichts gebracht [...]. Der Grund ist natürlich, dass alle Anstrengungen, um die Emissionen runter zu bringen, für einige mächtige Wirtschaftszweige um die fossilen Brennstoffe schmerzhaft wären – und diese Wirtschaftszweige sind extrem finanzstark und gut darin, Einfluss auf die Politik zu nehmen.“ (Telepolis 7.5.19)*

Ähnlich auch Greta Thunberg: *„Politiker kennen die Wahrheit über den Klimawandel und haben dennoch unsere Zukunft Profiteuren überlassen“ (FAZ 16.3.19)* oder Luisa Neubauer: *„Die Politik rollt den Konzernen den roten Teppich aus, die sich am Klimakollaps dumm und dusselig verdienen“ (Spiegel 16.3.19).*

nimmt, als die kritischen Redeweisen dies meist tun: Die deutsche ‚Energiewende‘, so wie sie oben charakterisiert wurde, stellt ein gesamtcapitalistisches Manöver von ziemlicher Tragweite dar, das ohne Widersprüche, Risiken und Tücken gar nicht auskommt. Derzeit steckt es sogar in dem Dilemma, sich nicht nur wegen russischem Erdgas mit den amerikanischen Freunden anlegen zu müssen, ohne die europäischen verlässlich hinter sich zu haben. So geht es eben zu, wenn mächtige Staaten den Erfolg ihrer nationalen ‚Energiewenden‘ in Konkurrenz zu Ihregleichen erzwingen wollen. Im Folgenden soll aber das Augenmerk stärker auf das Phänomen gelegt werden, dass sich die deutsche Energiepolitik in Form einer *kapitalistischen ‚Planwirtschaft‘* vollzieht, die für einige Paradoxien gut ist. So geht die ‚grüne deutsche Wende‘ eben – und daher ist es ein Fehler, sie an Zwecken zu messen, die sie sich gar nicht vorgenommen hat.

CO₂-Reduktion zum Beispiel ist kein unbedingtes Ziel, sondern eine abhängige Variable dieser Politik. Sie soll sich als Ergebnis einer marktwirtschaftlich gelungenen ‚Dekarbonisierung‘ durchaus einstellen, darf deshalb aber auch auf sich warten lassen, wenn anderen politökonomischen Prioritäten Rechnung zu tragen ist. Eine solche ist die deutsche Braunkohle allemal. Sie mag die schmutzigste Energie-Variante sein, aber sie verfügt neben ihrer Billigkeit über die für den deutschen Staat wichtige Eigenschaft, in seinem Hoheitsgebiet, also ohne Händel mit anderen Souveränen verfügbar zu sein. Den klassischen Energiekonzernen hat die „Stromwende“ durchaus geschäftliche Härten zugemutet, die sogar zu juristischen Klagen führten⁶⁵ – dies auch zum Thema ‚Lobbyismus‘ –, mit Braunkohle lässt sich aber aus genanntem Grund und nach heutigem Stand noch zwei Jahrzehnte lang Geld machen, Kohlendioxid hin oder her. Da ist es eigentlich auch kein Rätsel, warum die Kanzlerin beim EU-Treffen im Mai den ambitionierteren Reduzierungsabsichten anderer Europäer einen Korb gab⁶⁶. Mit „Nichtstun“, wie „Greenpeace“ und Partner anlässlich ihres Gesetzentwurfs zum ‚machbaren‘ schnellen Kohleausstieg mutmaßen⁶⁷, hat das nichts zu tun.

65 https://de.wikipedia.org/wiki/Vattenfall_gegen_Bundesrepublik_Deutschland

66 *“In a leaked ‘non-paper’ ahead of this week’s EU summit on the future of Europe, the governments of France, Belgium, Denmark, Luxembourg, the Netherlands, Portugal, Spain and Sweden lay out plans to boost the bloc’s climate policies: Net zero greenhouse gas emissions by 2050 ‘at the latest’, increase 2030 Paris Agreement target by 2020 ‘to drive up global ambition’. Germany – which still sources much of its electricity from coal power – notably failed to sign up to the plan.” (Unearthed, Greenpeace UK 8.5.19)* Danach gab es hier eine diplomatische Nachbesserung, die den deutschen Standpunkt im Grundsatz beibehält: *„Merkel will [...] einen Weg finden, dass Deutschland ab 2050 unterm Strich keine klimaschädlichen Treibhausgase mehr ausstößt. ‚Die Diskussion soll nicht heißen, ob wir es erreichen können, sondern wie können wir es erreichen‘, sagte die CDU-Politikerin beim internationalen Petersberger Klimadialog in Berlin. Das bedeute nicht, dass gar keine Treibhausgase mehr ausgestoßen werden dürften, sondern dass man den Ausstoß ausgleichen müsse, durch Aufforstung oder Speicherung. Wenn das Klimakabinett eine ‚vernünftige Antwort‘ dafür finde, könne das Land sich der Initiative und Führung von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron anschließen.“ (FAZ 14.5.19)*

67 *„Dass [der Kohleausstieg] auch schneller gehen kann, haben die Umweltorganisationen Greenpeace und Client Earth gezeigt: Sie legten einen fertigen Entwurf für ein Kohleausstiegsgesetz vor, das sich eng an den Forderungen der Kohlekommission orientiert. [...] Mit dem Entwurf wollen die Organisationen den Druck auf die Bundesregierung erhöhen. [...] ‚Es gibt keine Entschuldigung der Regierung mehr für Nichtstun.“ (taz 3.5.19)*

Ein Experte für Öko-Strom zeigt sich dennoch enttäuscht: „*Deutschland war im letzten Jahrzehnt mit dem EEG [Erneuerbare-Energien-Gesetz] auch politisch Vorreiter für die Erneuerbaren Energien in der Welt. Leider wurde mit den vielen EEG-Novellen unter Kanzlerin Merkel Stück für Stück der Ausbau [durch den Wechsel von der festen Einspeisevergütung hin zu Ausschreibungen] massiv gedrosselt, weshalb Deutschland nun seine Klimaschutzziele nicht einhalten kann.*“⁶⁸ Die „vielen EEG-Novellen“ sind eben das Indiz einer Energiepolitik, die zunächst ‚planwirtschaftlich‘ mit Preis- und Abnahmegarantien zu Lasten der meisten Stromkunden einen Markt für Erneuerbare schaffen wollte⁶⁹ und dann mit den Konsequenzen dieser Maßnahme umzugehen hatte. Denn dieser garantierte Deal entfachte (neben dem Geschäftssinn der Häuslebauer) die unternehmerische Risikobereitschaft derart, dass sie der staatlichen Moderation des Energieumbaus zu viel wurde. Die Rechnungen der anderen am erwünschten „Strom-Mix“ Beteiligten sollen schließlich auch aufgehen können. Die sog. „Umlage“ der Garantien darf die allgemeinen Energiekosten – und die der Unternehmen speziell – nicht zu sehr belasten⁷⁰. Auch technische Erfordernisse zur Nutzung des ‚grünen‘ Stroms in der Grundlast (z.B. die Frage seiner Speicherung oder die Trasse namens „Süd-Link“⁷¹) lassen auf sich warten⁷² etc.

Für stetigen Reformbedarf sorgt auch der sog. „Emissions-Handel“, der im Kyoto-Protokoll von 1997 angestoßen wurde und der zur marktwirtschaftlichen Perpetuierung der ‚Energie-
wende‘ beitragen soll. Die EU machte ihn in ihrem Binnenmarkt von 2005 an zum Gesetz⁷³

68 Hans-Josef Fell, Berliner Energy Watch Group, auf Anfrage von Telepolis 1.5.19, <https://heise.de/-4408524>

69 „*Als das EEG am 1. Januar 2000 in Kraft trat, gab es noch keinen Markt für regenerative Anlagen. [...] Das Gesetz [verhalf] den regenerativen Energien letztlich zum Marktdurchbruch. Zwei Merkmale kennzeichnen das ‚alte‘ EEG: die gesetzlich festgelegte, kostendeckende Einspeisevergütung als Investitionsanreiz und die Vorrangregelung, [wonach] bevorzugt Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen in das öffentliche Netz eingespeist werden soll.*“ (<https://energie-wissen.de/eeg/>)

70 „*Bei den Strompreisen ist Deutschland weit abgeschlagen. [Hier] müssen die Verbraucher im Schnitt 34 Cent für eine Kilowattstunde zahlen, das reicht gerade noch für Platz 87 in der Welt. Die Industriekunden müssen 28 Cent berappen, damit kommt das Land auf Platz 113. Zusätzlich werden hohe Subventionen fällig.*“ (Welt 25.3.19; <https://www.welt.de/wirtschaft/article190788643/Teuer-und-ineffizient-Deutschland-bei-Energiewende-abgehaengt.html>)

71 „*Das ‚Südlink‘ genannte Milliardenprojekt soll Windenergie aus dem Norden nach Bayern und Baden-Württemberg transportieren, um dort Atomkraft zu ersetzen.*“ (Welt 21.2.19))

72 „*Vor zehn Jahren beschloss die Bundesregierung, die Trassen schnell zu errichten, rund 7700 Kilometer [...]. Davon existieren bis jetzt 950 Kilometer.*“ (Spiegel 4.5.19) Auch: www.welt.de/wirtschaft/article189191555/Deutschlands-Stromautobahn-kommt-zu-spaet-und-ist-zu-klein.html)

73 „*Um die wirtschaftlichen Kosten im Rahmen des Kyoto-Protokolls so niedrig wie möglich zu halten, hat die EU einen Binnenmarkt geschaffen, in dem Unternehmen mit Berechtigungen für den Ausstoß von CO₂ handeln können. Unter dem Handelssystem können 10.000 Betreiber energieintensiver Industrieanlagen Emissionszertifikate erwerben und verkaufen, die etwa 40% der Kohlendioxidemissionen der EU erfassen. Zu diesen Industrien zählen Energie, Eisen und Stahl, Glas, Zement, Keramik und Ziegel. Nationale Zuteilungspläne legen Obergrenzen fest, die von der EU-Kommission gebilligt werden. Unternehmen, die ihre Quoten überschreiten, können zusätzliche Berechtigungen von Firmen zu erwerben, die ihre Emissionen verringert haben und daher über überzählige Zertifikate verfügen.*“ Mehr unter: <https://www.euractiv.de/section/klimawandel/linksdossier/das->

(auch um im Fall seiner weiteren Internationalisierung in vorderster Position zu sein). Ökonomisch funktionieren und ökologisch wirken soll er darüber, dass bestimmte Unternehmen am Dreck, den sie vermeiden, etwas verdienen können (weshalb Deutschland wegen der Deindustrialisierung der ehemaligen DDR gleich einen „Mauerfall-Profit“ einstreichen durfte). Der klimaschützende Nutzen des CO₂-Handels steht – u.a. wegen der zugelassenen Rücksichten auf Unternehmensgewinne⁷⁴ – öffentlich immer wieder in Frage, seine Regeln sind stets in Veränderung. Eine davon könnte sich der aktuellen Warnung von Klima-Wissenschaftlern zufolge dann ergeben, wenn auf Basis der europaweit gehandelten Emissionsrechte ausgerechnet die *Reduzierung* des Kohle-Stroms einen CO₂-Anstieg bewirkt⁷⁵.

b) Lauter illustrierende Fälle des widersprüchlichen Vorhabens, die Umwälzung der Energieerzeugung, die ihrer nationalen Bedeutung wegen zugleich Versorgungssicherheit garantieren soll, im Prinzip vom kapitalistischen Markt erledigen zu lassen, der dafür auf seine Rechnung kommen will und muss. Generell können bei aller Symbiose von Finanzmacht und Ingenieurskunst die ökonomische und technologische Seite von Innovationen auch auseinander treten und sich wechselseitig behindern, wenn sich z.B. für ein Investitionsprojekt zu wenig Marktaussicht und/oder Bankkredit findet, die nötigen Apparaturen für Geld nicht schnell genug zu kaufen sind, der Umbauprozess materiell wie monetär durch ‚disruptive‘⁷⁶ Angebote der globalisierten Konkurrenz beeinträchtigt wird, staatliche Subventionen nicht aufgehen oder neuen Berechnungen unterliegen, Krisen eintreten usw. Interessenskonflikte in Bund, Ländern und Gemeinden grätschen manchmal ebenfalls dazwischen⁷⁷. Weitere Il-

emissionshandelssystem-der-eu-de/

74 „Ein Aspekt ist die Möglichkeit, das EU-System mit [Mechanismen gemäß] dem Kyoto-Protokoll zu verbinden. Diese flexiblen Mechanismen ermöglichen es den Mitgliedstaaten, einen Teil ihrer Zielvorgaben durch die Finanzierung von Projekten zur Emissionsreduzierung, die in Drittstaaten stattfinden, zu erreichen.“ „Bestimmte energieintensive Sektoren [können] auf lange Sicht ihre gesamten Lizenzen weiterhin kostenlos erhalten, wenn die Kommission feststellt, dass ‚möglicherweise ein hohes Risiko besteht, dass CO₂-Emissionen verlagert werden‘; das heißt in Drittstaaten, mit weniger strengen Klimaschutzgesetzen.“ (Quelle s. Fußnote 73)

Vgl. auch: <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/emissionshandel-europaeische-unternehmen-schlagen-milliardenprofite-aus-kostenlosen-co2-zertifikaten/>

75 „Forscher [vom Potsdam-Institut für Klimaforschung] haben analysiert: Durch den deutschen Kohleausstieg sinke die Nachfrage nach Emissionszertifikaten im europäischen Emissionshandel und damit auch deren Preis. Stromproduzenten im Ausland könnten als Folge mehr davon kaufen und damit ihren CO₂-Ausstoß steigern.“ (Zeit online 4.6.19)

76 „Disruptive Innovationen (engl. to disrupt ‚unterbrechen‘ bzw. ‚stören‘) sind solche, die die Erfolgsserie einer bereits bestehenden Technologie, eines bestehenden Produkts oder einer bestehenden Dienstleistung ersetzen oder diese vom Markt verdrängen.“ (Wikipedia)

77 „Jahrelange Proteste gegen eine neue Stromtrasse in Nordbayern waren erfolgreich. Es werden weder die geplante Trasse P44 [...] noch die Alternative P44mod umgesetzt. [Darauf ...] hat sich Wirtschaftsminister Aiwanger mit dem Bund und den beteiligten Ländern Thüringen und Hessen geeinigt. [...] Ein anderes Stromtrassen-Projekt P43 [...] soll so weit wie möglich mit Erdkabeln realisiert werden. Alternative Trassen-Verläufe komplett in Hessen konnte man laut Wirtschaftsministerium in den Verhandlungen nicht durchsetzen. [...] Bambergs Landrat sagte, seit 2015 habe man gegen die P44-Pläne gekämpft.“ (br5 aktuell 4.6.19)

Parteien-Profilierungen sind dann die Peanuts dieser Konkurrenz: „Nach dem Debakel der SPD bei der Europawahl geht Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) mit ihrem umstrittenen Klimaschutzgesetz in die

lustrationen dazu gleich. Zu ihnen gehört schon mal ein Treppenwitz des Energiemarkts nach ‚Staatsplan‘, auf dem den Strom-Verbrauchern Extrakosten entstehen, wenn es Sonne und Wind einmal besonders gut meinen⁷⁸.

Nachdem parallel zu den ansteigenden Strompreisen die Aufwendungen der Produzenten für die serienmäßigen Solar- und Windanlagen sanken, ließ sich – mehrfach ‚novelliert‘ – der staatlich verordnete Strompreis auch wieder reduzieren. Die Novelle vom Januar 2017 versucht sich nun in einer wettbewerblichen Abkehr vom Plan – mit der besagten Drosselung des Ökostrom-Ausbaus⁷⁹ als Konsequenz. Dem folgt die nächste Klage auf dem Fuß. *„Der Ausbau der Windenergie ist fast zum Erliegen gekommen“*, melden die Nachrichten⁸⁰ Auch ein konservatives Blatt⁸¹ sorgt sich: *„Die Windkraft ist in großer Not“* und fragt kritisch: *„Die Bundesregierung fördert die Windenergie mit Milliarden Euro. Trotzdem gehen viele Unternehmen pleite. Wie kann das sein?“* Die Antwort liegt wieder in der staatlichen Marktbetreuung, wo nach 20 Jahren ein paar Zuschüsse auslaufen. *„Das bedeutet, dass vom kommenden Jahr an viele Windparks ohne Subventionen betrieben werden müssen. Die Bereinigung des Marktes ist die Folge.“* Um dann *„leistungsschwache Windräder durch neuere, effizientere Mo-*

Offensive. [...] Das Umweltministerium leitete [gegen den Willen des Kanzleramts] die Ressortabstimmung zum Klimaschutzgesetz ein. Bisher lag der Entwurf im Kanzleramt [und] war wegen heftiger Kritik aus unionsgeführten Ministerien nicht weitergeleitet worden.“ (FAZ 27.5.19)

78 *„Sichtbar wurde das am Ostermontag. [...] Weil den ganzen Tag die Sonne schien und sich auch noch die Windräder kräftig drehten, gleichzeitig aber feiertagsbedingt weniger Energie nachgefragt wurde, bekamen Käufer an der Energiebörse EEX den Strom nicht nur gratis, sondern auch noch Geld geschenkt, [...] durchschnittlich 14 Euro pro abgenommener Megawattstunde obendrauf. Es war der heftigste Minustag seit dem 1. Januar 2018, [wo] ein kräftiger Sturm für einen durchschnittlichen Negativpreis von 25 Euro [sorgte]. Auch am Neujahrstag 2019 war es [so]. Immer wenn die deutschen Solaranlagen oder Windräder mehr Energie produzieren, als gerade benötigt wird, [...] stürzen die Preise ab. Strom lässt sich nicht entsorgen. Er muss Abnehmer finden – um jeden Preis, sogar für einen negativen. Für die Versorger wäre es teurer, für die Zeit der Grüne-Strom-Spitzen [...] ihre Kraftwerke herunter- und später wieder hochzufahren, als Minuspreise zu zahlen. Und so kommt es regelmäßig zu dem paradoxen Zustand, dass [...] der Energieerzeuger zum Gratisstrom auch noch eine Prämie gewährt. Verbraucher haben nichts von den Negativpreisen beim Strom, sie müssen sogar noch draufzahlen. Jeder Produzent grünen Stroms darf seine Kilowattstunden nicht nur unabhängig von der Nachfrage ins Netz einspeisen. Die Netzbetreiber sind zudem verpflichtet, die Elektrizität zu einem festen Vergütungssatz abzunehmen. Die Differenz zwischen diesem festen Abnahmepreis und dem ‚echten‘ Preis muss der Verbraucher in Form einer Umlage zahlen.“* (Welt 24.4.19)

79 *„Die jüngste EEG-Novelle stellt einen grundlegenden Einschnitt im Fördersystem dar – einen Paradigmenwechsel: Die Bundesregierung will weg von den staatlich festgesetzten Einspeisetarifen. Stattdessen soll die Vergütung für Strom aus Photovoltaik-, Windenergie- und Bioenergie-Anlagen, der in das öffentliche Netz eingespeist wird, wettbewerblich durch Ausschreibungen ermittelt werden. Anstatt vorrangig das Marktwachstum voranzutreiben, hat die Regierung nun neue Ziele: Sie will den Zubau von regenerativen Anlagen steuern. Sie möchte die Kosten für die regenerative Stromerzeugung begrenzen. Wer über ein Ausschreibungsverfahren eine Förderung erhalten will, muss sich um eine möglichst kostengünstige Herstellung bemühen. [...] Die Anbieter, die mit den günstigsten Erzeugungspreisen an den Auktionen teilnehmen, erhalten den Zuschlag für den Anlagenbau.“* (<https://energie-wissen.de/eeg/>)

80 *„Im ersten Quartal gingen 90 Prozent weniger Windräder als im gleichen Zeitraum des Vorjahres ans Netz.“* („heute“ 13.5.19)

81 FAZ 5.3.19; daraus auch die folgenden Zitate

delle“ zu ersetzen, „werden erst einmal Investitionen fällig“. Wie sehr die sich lohnen, wie sich der staatliche Preis entwickelt, „wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen“. Im Bedarfsfall muss die Branche durch die nächste EEG-Reform wieder zum Geldverdienen angereizt werden. Überdies schläft bekanntlich die Konkurrenz nicht und „kommt ausgerechnet aus dem Erneuerbare-Energien-Sektor. Die Solarenergie macht der Windbranche zu schaffen. Solarzellen sind [...] günstiger in der Herstellung.“ Und die „Allokationsfunktion des Marktes“, von der es heißt, sie bringe jede Ware schnell und günstig an den rechten Platz, sorgt diesmal für Ärger, weil globale Mitbewerber der ‚grünen‘ deutschen Wertarbeit ins Handwerk pfeuschen. „Die auf deutschen Dächern verbauten Solaranlagen werden zu großen Teilen billig in Asien, etwa in China, produziert – nicht zuletzt deshalb, weil die deutschen Solarhersteller größtenteils bankrottgingen.“ Aber im Kapitalismus gehört es nun mal zum Alltag, solchen geschäftlichen Herausforderungen zu begegnen und sie – wenn nötig mit staatlicher Hilfe – zu meistern.

So geht sie also, wie gesagt, die „German Energiewende“, von der dem Außenminister zufolge „Deutschlands Rolle in einer post-fossilen Welt“ abhängt. Die nächsten Schritte zur Bereitstellung von Energie als ‚technisches Produkt‘ und der globale politökonomische Nutzen daraus werden schon angepeilt⁸². Kein Wunder, aber auch zum Fürchten, dass der Wirtschaftsminister zeitgleich eine „strategische Industriepolitik“ konzipiert⁸³, um „nationale und europäische Champions“ von passender Kapitalgröße aufzuziehen und „Schlüsseltechnologien zu Weltmarktführern hochzurüsten“⁸⁴. So sieht er die maßgebliche Zukunft auf dem einen Planeten.

P.S. zu zwei Blüten der ‚grünen Wende‘ am weltwirtschaftlichen Rand

Zwei ‚blühende Landschaften‘, welche die ‚grüne Wende‘ der Weltwirtschaft in ihrer Peripherie zu hinterlassen im Begriff ist, sollen kein neues Kapitel mehr eröffnen, der Vollständigkeit halber aber wenigstens erwähnt werden. Es handelt sich um das sog. „Lithiumdreieck“ im südamerikanischen Hochland⁸⁵ und um die Ölpalmen in Südostasien⁸⁶. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begann in Malaysia und Indonesien die Karriere des Palmöls als ‚post-fossiler‘ ‚Biosprit‘, vervielfachte in kurzer Zeit regionale Monokulturen, schuf auch ein Heer von Kleinbauern mit bescheidenem Einkommen – und sieht 20 Jahre später seinem

82 Neben der sog. *E-Mobilität*, die auch deshalb gepuscht wird, um damit auf dem chinesischen Markt zu reüssieren, geht es neben der Wasserstofftechnologie hier z.B. um „*E-Fuels*“ (mit ‚grünem‘ Strom erzeugte Kohlenwasserstoffe), deren „globale Nachfrage Mitte des Jahrhunderts so groß sein könnte wie heute der halbe Weltmarkt für Rohöl“ und bei denen „deutsche Unternehmen die Weltmarktführer sind“ (Spiegel 4.5.19).

83 <https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190205-altmaier-stellt-nationale-industriestrategie-2030-vor.html>

84 Tagesspiegel 15.4.19

85 www.deutschlandfunk.de/lithium-abbau-in-suedamerika-kehrseite-der-energiewende.724.de.html?dram:article_id=447604

86 <http://www.watchindonesia.org/20240/unliebsame-karriere-einer-palme?lang=de>

Ende entgegen, weil die EU dem Vernehmen nach den Regenwald als CO₂-Senke retten und der Sache nach den nicht-fossilen Treibstoffzusatz aus anderen Quellen beziehen will⁸⁷. In jedem Fall können demnächst „650.000 Kleinbauern, die in Malaysia ihr Einkommen mit dem geschmähnten Öl erwirtschaften“ und ihre indonesischen Kollegen sehen, wo sie bleiben. Die westliche Außenpolitik – mit „Klimaschutz als neuen Imperativ“ (s.o.) – ist auch insofern gefragt, als „Malaysia mit einem Verzicht auf den Kauf europäischer Kampffjets droht [und sie] in anderen Ländern, wie China, kaufen will“⁸⁸. In Bolivien, Chile und Argentinien sorgt ein anderer Rohstoff – einer, der für die batterie-getriebenen Panzerwagen der Klimarettung⁸⁹ und ihre mittelklassigeren Zweitwagen dringend gebraucht wird – weniger für Beschäftigung, sondern eher für das Vertreiben von Bevölkerung. Der geschäftsfördernde Abbau des gefragten Leichtmetalls bedeutet dort nämlich, „dass die Maschinen den Untergrund komplett umpflügen [...]. Zudem bohren sie nach Süßwasser für die Lithiumproduktion. Der natürliche Wasserspiegel sinkt ab. Und dadurch mischt sich das Salzwasser mit dem Süßwasser. Diese Kontamination ist irreversibel, die Region verliert unwiederbringlich ihre Trinkwasserreserven.“⁹⁰ Das wiederum steigert den Marktwert eines weiteren ‚Rohstoffs‘, der unter dem Namen „blaues Gold“ erst in den letzten Jahrzehnten Einzug in die Warenwelt gehalten hat⁹¹.



*Über den Autor

Georg Schuster (G.S.) ist ein Pseudonym. Er ging im Jahr 2000, nach über 20 Jahren Hauptschuldienst in Bayern, an eine große deutsche Auslandsschule, von der er im Sommer 2016 nach Deutschland zurückkehrte. Er schreibt regelmäßig für das Magazin Auswege.

Kontakt:

antwort.auswege@gmail.com

87 Dazu die Version der malaiischen Seite: „Die Auseinandersetzung zwischen der EU und den beiden Palmöl-Produzenten Malaysia und Indonesien eskaliert weiter. Die zuständige malaysische Ministerin wirft der Europäischen Union vor, einen ‚Handelskrieg‘ anzuzetteln. „Das Palmöl-Verbot der EU hat nur einen einzigen Grund: [...] Es gehe nur darum, die Interessen der europäischen Biokraftstofflobby zu bedienen. [...] Es sei per Gesetz sichergestellt, dass für die Palmölproduktion kein Regenwald in großem Stil gerodet werde. Man forste vielmehr sogar auf. 54,8 Prozent des Landes seien mit Wald bedeckt. [...] Verglichen mit dem von der EU nicht verbotenen Sojaöl aus amerikanischer Produktion, brauchten die Palmölproduzenten zudem viel weniger Fläche. Aber offenkundig schrecke die EU davor zurück, sich mit den USA anzulegen.“ (FAZ 9.5.19)

88 AFP 25.3.19

89 Ein Video mit Informationswert dazu unter: <https://www.youtube.com/watch?v=B9NajdAAfmQ>

90 Quelle s. Fußnote 85

91 „Trinkwasser wird knapp und der Handel mit dem lebensnotwendigen Urstoff hat längst begonnen. Börsen, Banken und Anleger setzen auf an den globalen Finanzmärkten auf Investmentprodukte, die mit dem blauen Gold handeln. Kostenloses Wasser könnte bald der Geschichte angehören“ – schrieb das Handelsblatt im Sommer 2009, der schon ein Grad heißer war als der langjährige Mittelwert.

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de

antwort.auswege@gmail.com